



Nr. 2 – März 2006

Porträts

Daniela Lanzotti

Philip Tod 5

8

Highlights

Werbung für das

EUROPA DIREKT Netzwerk 4

Projektausschreibung zur

Diskussionsförderung 7

EUROPA DIREKT Neuigkeiten 3

Neues aus den Institutionen 7

EU Politik 9

growth and jobs



Die Strategie für Wachstum und Arbeit: Zeit für Ergebnisse

Im Jahre 2000 trafen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon und steckten sich ehrgeizige soziale und ökonomische Ziele. 2001, ein Jahr später, kam ein drittes Thema dazu: Umweltstandards und nachhaltige Entwicklung. Diese Schritte schufen eine Vision für Fortschritt auf unterschiedlichen Gebieten und sollten den Grundstein für ein wettbewerbsfähiges Europa legen.

Im November 2004 versetzte eine Gruppe von Experten diesen Hoffnungen jedoch einen Schlag. Ihr Bericht zeichnete ein düsteres Bild und kam zu dem Schluss, die Lissabon-Strategie funktioniere nicht wie erwartet. Grund seien unzureichendes politisches Handeln, ein überladenes Programm, Koordinationsprobleme und in Konflikt tretende Prioritäten. Wim Kok, Vorsitzender der Expertengruppe und ehemaliger niederländischer Premierminister, forderte eine Rückbesinnung auf Lissabon.

Entsprechend begann die EU nun einen Beurteilungsprozess, der im Ergebnis zu einer gründlichen Neu-Überprüfung der Lissabon-Strategie führte. Die Kommission wird nun mithilfe anderer EU-Institutionen und nationaler Regie-

rungen neue Initiativen und klarere Ziele in den Vordergrund stellen: Nachhaltiges Wachstum und qualitativ hochwertige Beschäftigung für 70 Prozent aller Menschen im erwerbsfähigen Alter bis 2010.

Der gesamte Prozess wird von der Europäischen Kommission angeführt, während seine Umsetzung sowohl auf EU- wie auf Nationalebene läuft. Auf EU-Ebene hat die Kommission bereits einen umfassenden Plan aufgestellt, der acht Gesetzesvorschläge bis Juli 2005 umfasst. Der Gesetzesentwurf reicht von einer Reform der staatlichen Fördermaßnahmen zur Entwicklung eines gemeinsamen Ansatzes gegen die Abwanderung von Unternehmen bis zum Abschluss des internen Dienstleistungsmarktes.

In Übereinstimmung mit der Anfrage auf dem Frühlingstreffen des Europäischen Rats im Jahr 2005 hat sich die Kommission für einen einheitlichen Ansatz in ökonomischen und Arbeitsmarktfragen eingesetzt, der in der ersten einheitlichen Leitlinie für Wachstum und Beschäftigung für den Zeitraum 2005 bis 2008 umgesetzt wurde.

Die Wirkung der verstärkten Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist bereits spürbar, nicht nur durch politische Verpflichtungen, sondern auch auf „horizontaler Ebene“, in verwandten Politikfeldern, wie zum Beispiel in Forschung und Entwicklung, Informationsgesellschaft und Regionalpolitik.

Ein Beispiel ist das Europäische Technikinstitut (EIT). Seine Entstehung wurde von Kommissionspräsident Barroso im Februar 2005 auf den Weg gebracht. Ein solches Institut kann dem gegenwärtigen Trend europäischer Talente aus den Bereichen Forschung und Entwicklung (F&E) ins Ausland abzuwandern, entgegenwirken, indem es attraktive Bedingungen für Forscher im akademischen und industriellen Bereich hier in Europa bietet. 2005 wurde eine weit reichende öffentliche Umfrage durchgeführt, die zeigte, dass zwar größere Anstrengungen an allen Ecken und Enden des „Wissens-Dreiecks“ (Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Innovation) nötig ist, dass aber das EIT ein Flaggschiff europäischer Spitzenleistung werden und die besten Teams und Universitätsabteilungen in strategischen Gebieten

Fortsetzung auf Seite 9

“Wachstum und Beschäftigung”

Joaquín Almunia
Kommissar, DG ECFIN

Es ist die oberste Priorität der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Kommission Barroso, notwendige Reformen zur Stärkung wirtschaftlicher Aktivitäten einzuleiten – eine Grundvoraussetzung für die Bekämpfung der unakzeptabel hohen Arbeitslosigkeit – und gleichzeitig das Europäische Sozialmodell an die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und der Globalisierung anzupassen.

Durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung, den technologischen Wandel, die Bedrohung der Umwelt und die Kosten der alternden Gesellschaft, ist ein Gefühl von Ungewissheit und Pessimismus entstanden – in einigen Ländern spürbarer als in anderen. Den Umfragen von Eurobarometer zufolge sind die Hauptsorgen unserer Mitbürger (und das zu Recht) Arbeitslosigkeit (44%) und die wirtschaftliche Lage (26%).

Dieser Pessimismus ist aber nicht begründet. Europa ist mit seiner starken Währung, dem Euro, hervorragend gerüstet. Er ist ein Garant für Preisstabilität und wird zunehmend auf den Finanzmärkten der Welt als Referenzwert eingesetzt. Europäische Champions und Weltmeister gibt es im Überfluss, sei es im industriellen Bereich (Luftfahrt, Pharma-, Auto-Industrie) oder im Dienstleistungsbereich (vom Vertrieb über Finanzen bis zu Telekommunikation). Abzulesen ist dies an der Handelsbilanz, die mit einem Überschuss von 45 Milliarden im Jahr 2005 auch weiterhin gute Ergebnisse vorzuweisen hat. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung schafft Europa auch Jobs: Mindestens genauso viele oder sogar mehr als die USA (etwa 14 Millionen auf beiden Seiten des Atlantiks zwischen 1995 und 2004). Die USA weisen deshalb ein stärkeres Wachstum auf, weil sie Europa in Bezug auf Produktivität seit Mitte der 90er überholt haben. Letzteres muss sich in der Tat ändern.

Daher müssen wir mehr tun und schneller handeln, um das Potential für Wachstum zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu verringern,

von der noch immer 19 Millionen Menschen betroffen sind. Dafür müssen wir den Arbeitsmarkt reformieren wo er zu starr ist, die Integration des gemeinsamen Binnenmarkts für Waren, Finanzdienstleistungen und allgemeine Dienstleistungen abschließen und mehr Wettbewerb schaffen, zum Beispiel in den so genannten “freien Berufen”. Wir müssen auch die öffentlichen Finanzen verändern, um die nötigen Ressourcen für Forschung und Entwicklung oder Erziehung (wo sie defizitär ist) bereitzustellen. Darüber hinaus benötigen wir eine proaktive Handels- und Entwicklungspolitik auf der Suche nach einer besseren Regulierung der wirtschaftlichen Globalisierung.

Wir müssen von der schnellen Integration aufstrebender Wirtschaften wie China, Indien oder Brasilien in die Weltwirtschaft profitieren. Daher müssen wir in die Qualität und den Mehrwert eines hochqualifizierten, flexiblen und lebenslang anpassungsfähigen Arbeitskräftepotenzials investieren. Dabei sollten wir uns von der Erfahrung derer inspirieren lassen, die schon einen Weg zu Dynamik und Wachstum gefunden haben und dabei ihr soziales Modell bewahrt haben. Jenseits der Herausforderungen der Strategie muss die Kommunikation mit der Öffentlichkeit oberste Priorität sein. Die Debatte muss angeregt werden, um die Vorzüge dieser Strategie aufzuzeigen und dabei gleichzeitig die Leistung zu würdigen, welche die Europäische Union dabei spielt. Das Privileg der direkten Verbindung zu den Bürgern macht Sie daher zu wichtigen Akteuren. Die EUROPA DIREKT relays, Team Europa Mitglieder und Europäische Dokumentations-Zentren stehen vor Ort im Rampenlicht. Ihre Aufgabe ist es, den Menschen dabei zu helfen, von den Maßnahmen zu profitieren, die von regionalen und örtlichen Behörden, Sozialpartnern, aber auch von den Bürgern selbst ergriffen werden. Die Kommunikation zielt natürlich auf jüngere und nicht ganz so junge Arbeitssuchende ab, aber auch auf diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten und von einem Renten- und Gesund-

heitssystem profitieren wollen, das in Einklang mit dem Europäischen Sozialmodell steht. Es zielt aber auch ab auf Frauen, die zunehmend auf dem Arbeitsmarkt präsent sind und gleichzeitig Familie und Arbeitsleben in Einklang miteinander bringen müssen.

Zusammen können wir heute einschätzen was wir bisher erreicht haben und was wir uns als Ziele vorgenommen haben:

- Der Erfolg des Euro muss ein positives Echo in den neuen Mitgliedsstaaten finden. Es ist einfach nachzuweisen, dass er sich positiv auf das Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze auswirkt
- Höhere Ausgaben für Forschung und Bildung, also zwei Prozent des Bruttosozialprodukts bis 2010 (gegenüber 1,28% heutzutage), sollten es Europa ermöglichen, wettbewerbsfähiger in der Forschung zu sein und jedem jungen Menschen am Ende seiner Ausbildung einen Arbeitsplatz, einen Ausbildungsplatz oder ein anderes Berufstraining innerhalb von 100 Tagen zu garantieren.
- Neue Berichte zeigen uns die Gefahren eines unzureichend koordinierten Energiemarkts. Europa braucht eine Energiepolitik, die auf einer besseren Integration und Verbindung der nationalen Energiemärkte, einer sichereren Versorgung und Wettbewerb und auf nachhaltiger Entwicklung fußt. Der Stand der einzelnen Mitgliedsstaaten ist unterschiedlich, dennoch ist es an der Zeit, für eine gemeinsame Strategie zu sorgen und auf der internationalen Bühne und bei Verhandlungen mit Energielieferanten mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen.

Das ist die Basis für eine offene und dynamische Kommunikation. Die Aktionen der EUROPE DIRECT relays enden damit jedoch nicht. Ihr Wissen in diesem Bereich ist essentiell für uns, um die Stimmung der Bürger gegenüber Europa einzuschätzen und unsere Politik dementsprechend zu verändern oder zu überprüfen.

Alles steht bereit für eine insgesamt bessere Kommunikation: Alle Bereiche der Kommission arbeiten zusammen, die Ziele sind klar – ebenso wie der gemeinsame Willen und die reale Chance auf Erfolg.

Ich wünsche ihnen allen viel Erfolg,

Inhalt

Die Strategie für Wachstum und Arbeit 1

“Wachstum und Beschäftigung” 2

EUROPE DIRECT Neuigkeiten 3

Nahrungsmittelsicherheit in der Emilia Romagna Region

Zeichentrickfilm über die Geschichte der Europäischen Union

In Stettin an Lissabon denken

ED in der Slowakei hat herausgefunden, was die Bürger über die EU wissen wollen

Neue Europäer im Alten Europa

Estnische ED InfoKampagne

Werbung für das ED Netzwerk

Slowenen sprechen über ihre Vision

Porträt: Daniela Lanzotti 5

Key Figure 6

Neues aus den Institutionen 7

Was ist eine politische Fraktion im EP?

2006 Euro Media Awards

Eine moderne Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze

Projektausschreibung

Porträt: Philip Tod 8

EU Politik 10

Wachstum und Arbeit

Vogelgrippe

Der Europäische Globalisierungsfonds

Bereich Jugend 11

ABC 11

Das Zitat 11

EUROPA DIREKT Neuigkeiten

Begrüßung neuer Mitglieder

Das EUROPA DIREKT Informationsnetzwerk begrüßt herzlich ein neues europäisches Dokumentationszentrum in der Slowakei: Frau Harachova im Slowakischen Zentrum für Wissenschaftliche und Technische Information in Bratislava.

Konferenzen über Nahrungsmittelsicherheit in der Emilia Romagna Region

Nahrungsmittelsicherheit und Verbraucherschutz: Das sind die Hauptthemen bei einer Reihe von Konferenzen, die in der Emilia Romagna Region stattfinden und sich an Bürger, Verbraucher, Lehrer und Studenten richten. Die Initiative wird von EUROPA DIREKT – Carrefour europeo Emilia koordiniert und ist Teil eines regionalen Projekts für Information über Nahrungsmittelsicherheit und Nahrungsmittel- und Gesundheitserziehung. Es wird immer wichtiger für diese Themen korrekte Informationen anzubieten. Die Verbraucher müssen wissen, was sie in ihren Warenkorb legen. Nahrungsmittelstandards müssen ihnen in Bezug auf Sicherheit und Qualität erklärt werden. Es ist auch wichtig, die europäischen Regelungen in der Nahrungsmittelsicherheit transparent zu machen, vor allem im Licht des neuen Hygienegesetzes. Die Konferenzen haben verschiedene Zielgruppen: 13 von ihnen richten sich an Bürger und Verbraucher, zwei sind für Lehrer der Provinz Reggio Emilia gedacht, zwei weitere richten sich an ältere Menschen. Weitere Konferenzen für Gymnasialschüler sind geplant. Alle Veranstaltungen werden von Frau Mara Bertoldi geleitet. Sie ist Experte für europäische Nahrungsmittelsicherheitspolitik und Mitglied von EUROPA DIREKT – Carrefour europeo Emilia. Das ganze Projekt ist ein Teil der Kommunikationsstrategie von EUROPA DIREKT – Carrefour europeo Emilia im Rahmen von „Plan D“.

Hier finden Sie den wöchentlichen Überblick des „Rapid Alert System for Food and Feed (RASFF)“, ein effektives Werkzeug der GD Gesundheit und Verbraucherschutz, mit dem Informationen über getroffene Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelsicherheit ausgetauscht werden: <http://europa.eu.int/comm/food/food/rapidalert/>

Ein neuer Zeichentrickfilm über die Geschichte der Europäischen Union

Zeichne Europa: ein neuer Zeichentrickfilm für junge Europäer, ist der Titel eines Projekts EUROPA DIREKT – Carrefour europeo Emilia im Rahmen Socrates der Begleitmaßnahmen des Socrates-Programms. Ein wichtiges Ziel des Pro-

jekts ist es, einen Zeichentrickfilm ins Leben zu rufen, der Grundschulern den Europäischen Integrationsprozess erklärt.

Das Projekt ist eine transnationale Partnerschaft in vier Europäischen Staaten: Dem Jugendzentrum in Haskovo (Bulgarien), der Esperanto-Vereinigung in Baia Mare (Rumänien), der Volkshochschule in Ganderkesee (Deutschland) und dem Europäischen Haus in Bratislava (Slowakei).



Von links nach rechts: Andrea Poluzzi*, Lilyana Popgeorgieva - Bulgarien, Daniel Filipas - Rumänien, Giuseppe Liguori*, Carla Cavallini*, und Rolf Schuetze - Deutschland.
*EUROPA DIREKT - Carrefour europeo Emilia - Italien

Das Projekt wurde mit einem Kick-Off Meeting gestartet, das vom 23. bis zum 26. Februar in Reggio Emilia stattfand und vom EUROPA DIREKT – Carrefour europeo Emilia organisiert wurde.

Da es wichtig ist, die Jugend auf die Europäische Union aufmerksam zu machen, zielt das Projekt darauf ab, ein neues Kommunikationsmittel zu entwickeln, mit dem der Mangel an brauchbaren Materialien zu diesem Thema behoben werden soll. Auch die Methode ist innovativ: Das Storyboard der Geschichte wird von Schülern für Schüler entworfen. Tatsächlich werden die beteiligten Schüler auch die Stimmen der Charaktere im Zeichentrickfilm sprechen, das in die Sprachen der fünf Partner und ins Englische übersetzt werden wird.

Das Projekt wird auch eine große Zahl von Aktivitäten beinhalten, in deren Zentrum die Europäische Union stehen wird. Darin enthalten sind Trainingsstunden für Lehrer und Schüler sowie praktische Übungen, um Europa durch Zeichnen und Erzählen zu erfahren. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte Herrn Andrea Polazzi, den zuständigen Projektmanager beim EUROPA DIREKT - Carrefour europeo Emilia.

In Stettin an Lissabon denken

Das jährliche polnische EUROPA DIREKT Netzwerktreffen fand am 6. und 7. März in Stettin in Nordwestpolen statt. Zum ersten Mal entschlossen wir uns, ein Treffen weit weg von Warschau zu veranstalten. Warum Stettin? Pawel Kryzan vom örtlichen ED begrüßte die Idee und half bereitwillig. Da wir auch in der Nähe von Deutschland waren, konnten wir Kollegen der EDs in Frankfurt/Oder, Görlitz und Waren/Müritz einladen. Eine gute Gelegenheit,

Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Veranstaltungen für die Zukunft zu planen, gemeinsame Probleme und die „aufregenden“ Aktivitäten, die mit der Vorbereitung des jährlichen ED – Finanzberichts zusammenhängen, zu diskutieren.

Das Treffen des Netzwerks wurde mit einer Veranstaltung kombiniert, die sich an ein breiteres Publikum richtete, nämlich an Studenten und Akademiker in Stettin. Aufgrund

der Bedeutung der Lissabon – Strategie für Wachstum und Beschäftigung organisierten wir eine Konferenz zu diesem Thema. Die Eröffnungsrede beschäftigte sich mit den Bemühungen der Europäischen Kommission, „Wachstum und Beschäftigung“ zu kommunizieren - sowie mit der Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Mitgliedsstaaten.

Experten des Marktwirtschaftlichen Instituts in Danzig und der Universität Stettin stellten ihre Sichtweise des polnischen nationalen Reformprogramms und der Auswirkungen von „Lissabon“ auf Stettin als potentielles ökonomisches Wachstumszentrum in der polnisch – deutschen Grenzregion dar. Ein deutscher Geschäftsmann, der ein Reisebüro in Stettin betreibt, erzählte von seinen Erfahrungen mit der Erweiterung aus der Perspektive eines KMUs in der Grenzregion.

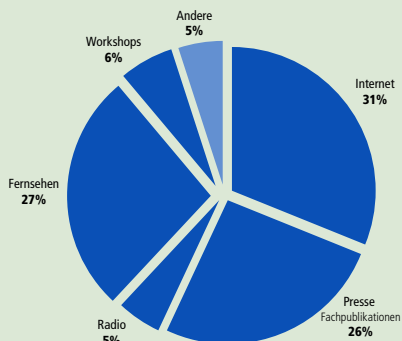
Die Schlussfolgerung aus diesen Diskussionen war, dass es einen Bedarf gibt, die erneuerte Lissabon – Strategie in Polen besser zu kommunizieren, da viele Missverständnisse vorherrschen. Einige Teilnehmer waren überzeugt, dass „Lissabon“ sich zu sehr auf Hochtechnologie beschränke, und somit vor allem ein Programm für die reichen, westeuropäischen Staaten sei. Es überraschte manche, dass es durch „Lissa-

bon“ einfacher wird, Start-Ups zu gründen und dass durch „Lissabon“ mehr für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden soll. Zahlreiche Fragen zielten auf Themen, die in den polnischen Medien lebhaft diskutiert werden: Die Dienstleistungsrichtlinie, die Nutzung von Strukturfonds in Polen, Regionenpolitik und die Perspektiven einer völligen Öffnung der Arbeitsmärkte in der Europäischen Union. Aus Gründen der Fairness gegenüber den Netzwerkmitgliedern, die eine stundenlange Anreise nach Stettin hatten, wird das nächste Treffen im Ostteil des Landes stattfinden.

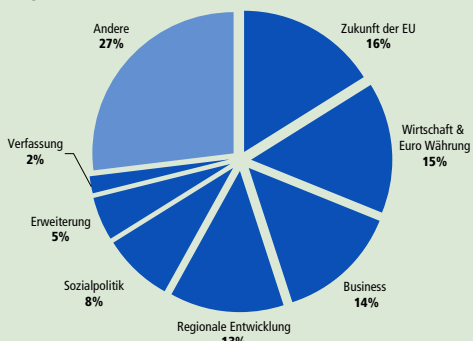
Marzenna Guz-Vetter

EUROPA DIREKT in der Slowakei hat herausgefunden, was die Bürger über die EU wissen wollen

Das slowakische EUROPA DIREKT relay in Banska Bystrica hat Ende 2005 eine Umfrage unter den Besuchern des Informationszentrums durchgeführt. Ziel war es, herauszufinden, welche Informationen die Menschen über die Europäische Union haben wollen und wie sie diese bekommen möchten. Das Relay in Banska Bystrica wird versuchen, seine Dienste den Wünschen der Besucher anzupassen.



Die Umfrage zeigt, dass die Mehrheit der Bürger die gesuchten Informationen bezüglich der EU über das Internet finden (31%), 27% durch das Fernsehen und 26% durch Print-Medien. Nur 6% der Befragten besuchen spezielle Workshops, um die Information zu bekommen.



Viele der Besucher des Banska Bystrica Relays würden gerne mehr über die Zukunft der EU erfahren (16%), fast genauso viele sagten, sie hätten gerne Informationen über die Wirt-

schaft und die Einführung des Euro (14,5%). Die Besucher zeigten auch Interesse an Geschäftsmöglichkeiten innerhalb der EU-Länder (13,8%) und an regionaler Entwicklung (12,8%). Sozialpolitik war für 7,7% der Befragten wichtig, wohingegen nur 5,1% sich für das Thema „Zukünftige Erweiterung der EU“ erwärmen konnten – und noch weniger, nur 2% interessierten sich für die Europäische Verfassung. Die momentanen Zugangsmöglichkeiten zu Information, der Umfang, die Qualität und die Gruppierung von Information wurden für ausreichend befunden. Die Befragten würden es mehr schätzen, bessere Informationen zu Strukturfonds, regionaler Entwicklung und Wirtschaft, Arbeits- und Studienmöglichkeiten in den Ländern der EU zu erhalten. Dennoch, denken manche Befragten, ist die Menge der Informationen ausreichend, aber die Bürger interessieren sich nicht dafür. Das EUROPA DIREKT Relay in Banska Bystrica organisiert auch Workshops zu verschiedenen EU-Themen und wollte wissen, ob Bürger daran interessiert sind, diese zu besuchen: 58% der Befragten sagten, sie seien von diesen Veranstaltungen begeistert, 22% sind überhaupt nicht daran interessiert und 40% haben noch nie darüber nachgedacht.

Neue Europäer im Alten Europa

Ojacastro ist ein kleines Bergdorf von 200 Einwohnern in der Region von La Rioja. Dieser Ort wurde vom EUROPA DIREKT CEIP La Rioja ausgewählt, um einen Runden Tisch zum Thema „Neue Europäer im Alten Europa – Frauen und Erweiterung“ zu veranstalten. Diese Initiative fand im Rahmen des Internationalen Frauentags statt, den CEIP La Rioja traditionell in einer ländlichen Gemeinde begeht. Eines der Ziele der EU – Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist es, den Anteil von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Daher standen Fragen wie „gender balance“ und die Kombination von Arbeits- und Privatleben im Zentrum der Debatte über die EU – Strategie. Der Runde Tisch begrüßte drei Frauen aus Polen, Bulgarien und Rumänien, die momentan in der Rioja – Region leben und arbeiten. Sie erklärten den Teilnehmern die Situation der Frauen in ihren Heimatländern, indem sie von ihren Emigrations-Erfahrungen berichteten. Barbara (eine ehemalige polnische Eisenbahnarbeiterin), Rossitza (ehemalige Leiterin eines bulgarischen Studentenwohnheims) und Melinda Elisabeta (eine junge Rumänin, die mit ihrer Mutter nach Spanien emigriert ist) erzählten dem vorwiegend weiblichen Publikum Anekdoten und teilten ihre Ansichten mit. Die Debatte konzentrierte sich vor allem auf eine Emigrations- und Sozialpolitik, die Arbeitsleben und häusliches Leben miteinander in Einklang bringen soll. Die Beschreibung der Lebensbedingungen von arbeitenden Müttern im Ostblock vor dem Fall der Berliner Mauer überraschte das Publikum. Die drei Frauen stimmten in ihrer Kritik der alten Regime über-

Highlights

Estnische EUROPA DIREKT Info-Kampagne

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Tallinn hat eine Kampagne gestartet, um die fünf EUROPA DIREKT Information Relays in Estland bekannter zu machen. Im März werden Poster mit den Kontaktdaten der Relays in Tallinn, Tartu, Paide, Parnu und Kuressaare an Busstationen und Bahnhöfen in zehn Städten aufgehängt. Darüber hinaus wird die Vertretung ab Mai in vier Straßenbahnen mit Bildern, der kostenlosen EUROPA DIREKT Telefonnummer und der estnischen Homepage präsent sein.



Werbung für das "EUROPA DIREKT" Netzwerk

Das EUROPA DIREKT Netzwerk und seine Bezeichnung sind noch sehr frisch und ist daher noch nicht im Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit verankert. Daher hat die Vertretung der Kommission in Frankreich beschlossen im Rahmen des „Plan D“ eine Werbekampagne zu starten, in der die EUROPA DIREKT Relays bei Design und Einführung der Kampagne eine wichtige Rolle spielen. Vom 30. Januar bis zum 24. Februar wurden Anzeigen in 66 regionalen Tageszeitungen geschaltet – in allen Departments, die von den Relays abgedeckt werden. Dadurch sollten die Relays als natürlicher „Anlaufpunkt“ für Informationen über die Europäische Union vorgestellt werden, und zwar auf lokaler und regionaler Ebene. Da es sich hier um eine neue Kampagne handelt, ist die Vertretung daran interessiert, zu erfahren, wie gut diese in der Öffentlichkeit angekommen ist. Daher hat sie um einen Blitz-Eurobarometer, einen Nach-Test und einen Fragebogen gebeten, der für die EUROPA DIREKT Relays bestimmt ist. Einige der Relays haben schon darauf hingewiesen, dass schon so mancher Bürger mit Informationswünschen auf sie zugekommen ist und sie waren darüber erfreut, dass sie „endlich jemanden gefunden haben, mit dem sie sprechen können.“



ein, erkannten aber auch an, dass einige dieser Politikansätze die Integration der Frauen ins Arbeitsleben ermöglicht hätten. Manche Zuhörer meinten, dass dies die Notwendigkeit betone, Informationen über die verschiedenen Ansätze von Sozialpolitik, sowohl in der erweiterten EU als auch in den Beitrittsländern, auszutauschen und daraus zu lernen. Alle drei Frauen betonten ihr Vertrauen in die Zukunft von Polen, Bulgarien und Rumänien als Teile eines vereinten Europa – aber nur, solange Frauen ein Wörtchen mitzureden hätten!

Slowenen sprechen mit europäischen Kommissaren über ihre Vision von Europa

Bei ihrem Besuch in Slowenien am ersten und zweiten März 2006 nahmen der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Vizepräsidentin Margot Wallström und Kommissionsmitglied Janez Potočnik an einer Live-Diskussion im Fernsehen teil. Sie debattierten mit Vertretern der Zivilgesellschaft und gingen dabei auf die Mitglieder der Nationalversammlung ein. Neben den Diskussionen zur Zukunft Europas und der zukünftigen EU-Präsidentschaft Sloweniens unterstrich Präsident Barroso die zentrale Rolle, welche Slowenien bei der Unterstützung der Westlichen Balkanstaaten in deren EU-Beitrittsbestrebungen bei-

kommt. Er betonte, dass die guten Kenntnisse der Region und Sloweniens Modellcharakter für die in Frage kommenden Staaten dabei ganz besonders wichtig sind. Wallström und Potočnik hatten außerdem einen lebendigen Austausch mit Team Europe-Mitgliedern und Nichtregierungsorganisationen (NROs). Es ging darum, wie man Team Europe besser einsetzen kann und wie Informationen über die EU-Politik weniger entwickelte Regionen in Slowenien besser erreichen können. Die Diskussion diente als gute Aufwärmübung für die nachfolgende Debatte mit etwa 120 Studenten und „Spring



Day“-Schülern. Hier wurden diverse Themen angesprochen wie E-Demokratie, Umweltprobleme, ethnische Vielfalt, die Europäische Verfassung und mögliche Gründe für die Passivität von EU-Bürgern. Nach den Debatten, die in der Hauptstadt Ljubljana stattfanden, mischten sich die Vizepräsidentin der Kommission Wallström und Kommissionsmitglied Potočnik „unter das Volk“ und trafen rund 40 Vertreter aus Region

und Zivilgesellschaft in Celje, das etwa 75 km östlich der Hauptstadt liegt. Die Diskussion wurde in Zusammenarbeit mit dem Lokalen EUROPA DIREKT Relay organisiert und konzentrierte sich auf die eigene Strategie der Region für Wachstum und Arbeitsplätze und ehrgeizige Pläne für zukünftige Entwicklungen. Zusammenfassend kann man sagen, dass dieser „Plan D“-Besuch in Slowenien sein Ziel erreicht hat – nämlich mehr zu erfahren über die Sorgen und Ansichten der Bürger über das Europa, in dem sie leben und arbeiten wollen. Die Kommissionsmitglieder selbst können natürlich nicht jeden Tag mit solchen Besuchen verbringen, es gibt jedoch auch andere Wege, um mit der Kommission in Kontakt zu treten. So schrieb die berühmteste Bloggerin der Kommission über ihre Eindrücke bei dem Besuch und sprach eine Einladung an die Slowenen aus: „Ich vermisste Euch in meinem Blog!“ (Besuchen Sie Margot Wallströms Blog unter <http://weblog.jrc.cec.eu.int/page/wallstrom>)

Berichtigung

Der Artikel „EUROPA DIREKT Südböhmen startet EUROPA LIVE! Europa mit allen Sinnen erleben“ in Newsletter Nr. 1 enthielt Fehler. Der Text erwähnte eine „Fernsehsendung“ – das ist nicht richtig. Stattdessen hätte es heißen sollen: „Das EUROPA DIREKT Relay in České Budějovice (Südböhmen - Tschechien) hat eine neue, regelmäßige Serie von Präsentationen mit dem Titel „Europa Live!“ Diese Serie von Präsentationen lädt Menschen dazu ein, mehr zu erfahren...“ Ebenso zeigt das Bild neben dem Artikel vom ED Brno, nicht Südböhmen.“

Daniela Lanzotti

EUROPA DIREKT Relay in Modena, Italien

EUROPE DIRECT Newsletter: EUROPA DIREKT Modena ist an vielen Informationskampagnen für Jugendliche beteiligt. Haben Sie viele jugendliche Besucher? Wenn ja, welche Art der Unterstützung können Sie ihnen bieten?

Daniela Lanzotti: Aktionen, die sich an Jugendliche richten, sind ein großer Teil des Aktionsplans des ED Modena. Schon 1997, als der frühere Infopoint Europa gegründet wurde, haben wir uns an Jugendliche und Studenten als Hauptzielgruppe unserer Arbeit gewendet. Unser Ziel ist es, so vielen jungen Menschen wie möglich schnellen und einfachen Zugang zu relevanten, jugendbezogenen Informationen über Europa zu geben.

Aus fast 10jähriger Erfahrung glauben wir jedoch, dass das lange nicht ausreichend ist. Unser neues Ziel ist es, die Teilnahme junger Menschen am öffentlichen Leben zu verbessern und so dazu beizutragen, dass sie aktive Bürger werden. Das ist auch die Empfehlung des Weißbuchs der Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“.

Das kann erreicht werden, indem Vorhaben und Angebote umgesetzt werden, die auf Bildungszielen. Um die Lehrer in ihrer wichtigen Rol-

le bei der Entwicklung einer europäischen Dimension im Unterricht zu unterstützen, bieten wir Unterrichtsmaterialien und Trainings an. Unsere neueste Erfindung ist das „Teaching European Citizenship“, das als Handbuch benutzt werden kann. Es bietet die Möglichkeit, Wissen über die EU-Bürgerschaft an Schüler zu vermitteln. Noch vor dem Sommer wird ein E-Learning Portal für Lehrer online sein.

Damit wollen wir eine Grundlage für den Austausch von Informationen, Erfahrungen und Methoden bieten. Eine Datenbank wird Hintergrundtexte, Präsentationen und anderes nützliches Material enthalten, das Lehrern bei der Organisation eigener Projekte helfen kann. Wir unterstützen auch Schulen bei der Entwicklung von Mobilitätsprojekten für Schüler und Lehrer. Dazu haben wir einen Help-Desk aufgebaut, der Beratung zu EU-Projekten anbietet und dazu, wie Projekte auf eine Europäische Ebene gehoben werden können.



Außerdem nehmen wir am YOUTH-Programm teil, dessen Ziel es ist, junge Leute zu unterstützen, aktiv zur Europäischen Integration beizutragen, interkulturelles Verständnis zu entwickeln und die Grundwerte zu entwickeln. So wie es das Weißbuch der Kommission betont.

Unsere Vorgehensweise zielt darauf ab, jungen Leuten die Möglichkeiten zu verdeutlichen, welche die EU-Programme ihnen bieten. Daher haben wir seit 1999 eine Agentur des Europäischen Freiwilligendienstes eingerichtet.

Eine konkrete Aktion ist die Einrichtung eines Helpdesks für Jugendliche und Jugendorganisationen, die für den Frühling 2006 geplant ist. Wie der Helpdesk für Schulen unterstützt dieses Angebot Jugendorganisationen, unabhängige Gruppen und lokale Gruppen bei deren Teilnahme an Projekten auf europäischer Ebene. Das trifft vor allem auf das örtliche Jugendforum zu, das im nächsten Monat zum Thema „Partizipation“ eröffnet wird.

EUROPE DIRECT Newsletter: Sie bieten lokalen Verwaltungen die Möglichkeit, einen „Punto Europa“ zu eröffnen. Können Sie erklären, worum es dabei geht?

Daniela Lanzotti: Ziel ist die Schaffung eines "permanenten lokalen Netzwerks", das sich mit Information und Kommunikation zu Europa befasst. Warum? Es gibt eine Nachfrage seitens der örtlichen Verwaltungen, den Informationsdienst für Bürger zu verbessern.

Das gilt v.a. für diejenigen, die für Informationen zuständig sind, also Jugendinformationszentren, städtische Informationszentren usw.

Auf der einen Seite wollen sie das Wissen der Öffentlichkeit über EU-Themen erweitern, andererseits fehlt ihnen aber Geld und Personal.

Daher bietet EUROPA DIREKT Modena örtlichen Verwaltungen die Möglichkeit, ein Infocenter, "Punto Europa", einzuschalten, das Informationen zur Europäischen Union und ihrer Politik bereithält.

Die Mittel für "Punto Europa" stammen aus einer Vereinbarung zwischen der Stadt Modena und der örtlichen Körperschaft, die diesen Service anbieten will. Wir geben keine finanzielle Unterstützung, aber wir bieten dem Personal Training sowie Dokumentationsmaterial und Unterstützung bei verschiedenen Vorhaben an. Soweit ich weiß, gibt es in Italien andere ähnliche Einrichtungen.

EUROPE DIRECT Newsletter: Wie viel Personal arbeitet in Ihrem Relay? Wie einfach finden Sie es, Geldmittel für ihre Aktivitäten zu erhalten?

Daniela Lanzotti: Im Moment sind wir vier Vollzeitkräfte. Was die Ressourcen angeht, ist das eine große Herausforderung für unser Netzwerk. Wie Sie vielleicht wissen, sind die Zeiten mager für örtliche Behörden!

EUROPE DIRECT Newsletter: Wie vermarkten Sie Ihre Niederlassung? Planen Sie spezielle PR-Kampagnen oder andere Veranstaltungen, die EUROPA DIREKT Modena ins Bewusstsein rücken? Es scheint auch, als ob Sie das Internet stark nutzen...

Daniela Lanzotti: Die Vertretung der Europäischen Kommission in Italien hat dieses Jahr eine Kampagne gestartet, welche die EDs breitflächig in nationalen Zeitungen vorstellt. Was die Werbung auf lokaler Ebene angeht, bevor-

zugen wir spezielle Initiativen und / oder andere Veranstaltungen. In den kommenden zwei Monaten werden wir für den neuen Helpdesk für Jugendliche werben, indem wir eine Broschüre in Jugendclubs, Kneipen, Bibliotheken, Verbänden und anderen Treffpunkten von Jugendlichen verteilen. Wir nutzen das Internet sehr stark, zum einen um das ED bekannter zu machen, zum anderen zur Information der Bürger.

Auf unserer Internet-Seite kann man Informationen über die Arbeit des ED finden, aber auch Online-Materialien für Lehrer und man kann eine Führung für Schulklassen online buchen. In Zukunft wollen wir die Webseite verbessern und eine Kommunikationsebene hinzufügen, indem wir eine Möglichkeit für Feedback einrichten.

EUROPE DIRECT Newsletter: Es gibt 39 EUROPA DIREKT Relays in Italien – das ist ein sehr großes Netzwerk. Wie oft nehmen Sie an gemeinsamen Informationskampagnen teil? Haben Sie das Gefühl, dass das Netzwerk effektiv arbeitet – und haben Sie Kontakt zu anderen Niederlassungen in Europa?

Daniela Lanzotti: Haben Sie jemals einen Lehrer oder Coach sagen hören, 'Dieses Kind hat großes Potenzial?' So fühle ich mich! Das Netzwerk hat großes Potenzial, aber es funktioniert noch nicht wie ein Netzwerk.

Wie funktioniert ein Netzwerk? Für mich ist das ein Forum, wo 2+2 5 ergibt. Wir suchen nach dem Mehrwert, Teil eines Europäischen Netzwerks zu sein. Kontakte woandershin? Ja – aber eben nur Kontakte. Es gibt keine gemeinsamen Projekte oder Kampagnen, keinen Austausch, kein Teilen von Erfahrungen oder Ideen, keine Vorschläge, keine gemeinsamen Werkzeuge. Ich glaube, wir müssen uns ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, wie wir unsere Netzwerkfähigkeiten verbessern können.

EUROPE DIRECT Newsletter: Arbeiten Sie auch mit anderen Netzwerken zusammen, die sich mit Europäischen Themen befassen?

Daniela Lanzotti: Wir haben gute Beziehungen zu den örtlichen Mitgliedern des Team Europa. Eine Kooperation mit dem Europäischen Do-

kumentationszentrum der Universität Modena und EUROPA DIREKT Reggio Emilia besteht schon seit 1998. Damals wurde ein örtliches Koordinationskomitee "Europa a Modena" eingerichtet.

Es gibt den Willen, zusammenzuarbeiten, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen und viele Veranstaltungen, die in Modena zu europäischen Themen stattfanden, haben wir zusammen angeschoben. Das gilt auch für einige Jean-Monnet-Lehrstühle, mit denen wir täglich Kontakt haben. Außerdem sind wir auch mit dem Eurodesk Netzwerk gut vernetzt, v.a. mit unseren Kollegen bei EUROPA DIREKT Reggio Emilia, die in unserer Region sehr aktiv sind.

EUROPE DIRECT Newsletter: Welches Ihrer Projekte und Aktionen würden Sie aus Ihrer Erfahrung als besonders erfolgreich bezeichnen?

Daniela Lanzotti: In der Vergangenheit haben wir an verschiedenen landesweiten Kampagnen zu wichtigen EU-Themen teilgenommen. Ich möchte hier das "LargEurope Projekt" nennen, das vom damaligen Infopunkt Europa in Turin zum Thema Erweiterung organisiert wurde. Es war vor allem deshalb so erfolgreich, weil die Dinge, die wir dazu erfunden haben, immer noch täglich bei uns genutzt werden: Das 'Viaggio per l'Europa'-Spiel, das Vademekum zur Unionsbürgerschaft und die Veröffentlichungen zu den neuen Beitrittsländern.

Außerdem bin ich sehr stolz auf die Kampagne zur Europäischen Grundrechtscharta, die wir organisiert haben: Die CD-Rom, die wir dazu gemacht haben, ist immer noch sehr nützlich!!! Meine liebste landesweite Kampagne ist jedoch das 1999 gestartete "Europa on Tour" – ein Projekt, das vom italienischen Informationsnetzwerk, den früheren Carrefours and IPEs präsentiert wurde: Ein Auto wurde als "Informationsbus" ausgestaltet, um Informationen anzubieten und junge Menschen und andere Bürger zu treffen.

Der Bus war ungefähr 70 Tage lang unterwegs und hat etwa 30 Städte besucht. Das war ein wichtiger Schritt für die Netzwerkaktivitäten, die sich seither entwickelt haben.

2%

2 Prozent der erwerbstätigen EU-Bürger leben und arbeiten in einem Land der EU, das nicht ihr Herkunftsland ist. Dieser Anteil ist seit 30 Jahren mehr oder weniger konstant.

Laut aktueller Eurobarometer Studie der Kommission schränken weiterhin viele gesetzliche oder verwaltungstechnische, sowie sprachliche und soziokulturelle Hindernisse die Gastarbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit ein. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Kommission zeigt,



dass die Mobilität aus den EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa hin zu den EU-15 Staaten geringer ausfällt als erwartet. Demnach stammen weniger als ein Prozent der arbeitenden Bevölkerung aus den neuen Mitgliedsstaaten, außer in Österreich und Irland.

Weitere Informationen zur so genannten Freizügigkeit der Arbeitnehmer finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/free_movement/index_de.htm

Neues aus den Institutionen

Was ist eine politische Fraktion im Europäischen Parlament?

Die 732 Mitglieder des Europäischen Parlaments werden einmal in fünf Jahren von den EU-Bürgern direkt gewählt. Zurzeit gehören 700 der Mitglieder zu jeweils einer der sieben politischen Fraktionen, von denen die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten die größte ist. Des Weiteren gibt es die Sozialdemokratische Fraktion, die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, die Grünen/Europäische Freie Allianz, die Vereinte Europäische Linke - Nordische Grüne Linke, die Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie und die Fraktion Union für das Europa der Nationen. Um eine neue politische Fraktion zu gründen braucht man mindestens 19 Mitglieder, die aus mindestens fünf Mitgliedsstaaten kommen müssen.

Um den EU-Bürgern das System der überstaatlichen politischen Fraktionen verständlicher zu machen, hat das Europäische Parlament Mitte Februar damit begonnen, auf seiner Webseite eine Reihe detaillierter Beschreibungen der Fraktionen, ihrer Vorsitzenden und ihrer Programme zu veröffentlichen. Es wird einen Artikel pro Fraktion geben, die ersten fünf stehen bereits zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite des Europäischen Parlaments unter:

<http://www.europarl.eu.int/parliament/public.do?language=de>

Für weitere Informationen zu den politischen Fraktionen klicken Sie auf das Logo:



2006 Euro Media Awards

Die Euro Media Awards zeichnen herausragende Medien-Programme, -Produkte oder Produktionen aus, deren Themen sich im weitesten Sinne auf Europa beziehen: Von Europäischer Geschichte zu aktuellen Themen und künftigen Herausforderungen. Kandidaten für die Awards sollten Bildungsziele durch innovative Aktionen und Formate verfolgen.

Die Euro Media Awards sind Teil eines Auszeichnungsprogramms, den so genannten Comenius Awards. Diese werden von der Europäischen Gesellschaft für Bildung und Kommunikation (ESEC) vergeben, die am 1. April 2005 in Bonn anlässlich der Grundvig Aktion der Europäischen Kommission für Erwachsenenbildung und andere Bildungsmedien gegründet wurde.

Hauptziel von ESEC ist es, das Bewusstsein für das gemeinsame kulturelle Erbe der Europäischen Völker zu schärfen und für das lebens-

lange Lernen auf dem ganzen Kontinent in Kooperation mit relevanten nationalen und internationalen Organisationen zu werben.

Einsendeschluss der Bewerbungen für die Euro Media Awards 2006 ist der 15. April 2006. Alle Kandidaten werden bis zum 1. Juni über das Ergebnis informiert und, wenn sie erfolgreich



sind, werden sie von der Österreichischen Gesellschaft für Bildung und Kommunikation zur Preisverleihung im Palais Palffy in Wien am 22. Juni 2006 eingeladen. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte Chun-Kuei Wang unter ck.wang@comenius-award.net oder besuchen die ESEC Comenius Awards Website unter: <http://www.comenius-award.net>.

Eine moderne Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze

Das Konzept für strategische Richtlinien einer europäischen Kohäsionspolitik, das im Juli 2005 veröffentlicht worden ist, zeigte den Rahmen für nationale und regionale Initiativen auf, die dazu beitragen werden, Europa und seine Regionen zu einem attraktiveren Standort für Arbeit und Investitionen zu machen. Wissen und Innovation sollen gefördert werden für mehr Wachstum, sowie mehr und bessere Arbeitsplätze, territorialen Zusammenhalt und Zusammenarbeit.

Die Generaldirektion Regionalpolitik (GD Regio) ist sich darüber im Klaren, dass diese ehrgeizigen Ziele nur dann erreicht werden können, wenn alle Akteure auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene an einem Strang ziehen. Daher wird sehr viel Wert auf Kommunikation gelegt, welche sich auf konkrete Beispiele und Projekte bezieht. Die Veranstaltungen sollen Gelegenheiten bieten, um Kontakte zu knüpfen und sie sollen Marktplätze für den Austausch von Ideen und bewährten Verfahrensweisen sein, um allen Akteuren in Verwal-

tung und Privatwirtschaft von Nutzen zu sein.

Im Jahr 2006 wird es folgende Veranstaltungen zu Themen der Lissabonner Strategie geben, die entweder von der GD Regio oder in Kooperation mit anderen Institutionen organisiert werden:

- **Konferenz „Regions for Innovation“, 12.-13. Juni 2006, Brüssel.** Dies ist die erste einer Reihe von „Lehr-Konferenzen“, wo es um Teilaspekte der Lissabonner Strategie geht. Es wird verschiedene Workshops zu Themen wie Innovationsmanagement, Mobilisierung privater Investitionen, Entwicklung von Exzellenz-Bereichen, Wissenstransfer zwischen Regionen, u.a., geben.

- **The OPEN DAYS: European Week of Regions and Cities: „Investing in Europe’s Regions and Cities – Public-Private Partnership for Growth**

and Jobs“, 9.-12. Oktober 2006, Brüssel. 134 Regionen und Städte wurden als offizielle Partner ausgewählt, um 20 EU-Mitgliedsstaaten, sowie Kroatien, Rumänien, Norwegen und die Schweiz zu vertreten.

- **Seminar on Best Practice, 15.-17. November, Graz.** In dem Seminar geht es um bewährte Verfahrensweisen bei der Nutzung der Strukturfonds in Bereichen wie Innovation und industrieller Erschließung.

Weitere Informationen finden Sie auf der GD Regio Webseite im Veranstaltungskalender:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

Klicken Sie auf ‘Veranstaltungen’ in der Navigationsleiste links.

Highlight: Projektausschreibung zur Diskussionsförderung

Als Teil des Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion ruft die Kommission zu Vorschlägen für Projekte zur Förderung der Beteiligung von EU-Bürgern an Diskussionen über europäische Themen auf. Die Ausschreibung bietet finanzielle Unterstützung für Initiativen von europäischen Organisationen und dauert vier Wochen. Bewerbungen können bis spätestens 18. April 2006 auf der Europa-Webseite eingereicht werden. Weitere Informationen und Bewerbungsformulare finden Sie unter:

http://europe.eu.int/comm/dgs/communication/grants/index_de.htm

Philip Tod

Sprecher der GD Gesundheit und Verbraucherschutz (GD SANCO), Kommissionsmitglied Kyprianou

EUROPE DIRECT Newsletter: Wie lange arbeiten Sie schon als Sprecher der GD Gesundheit und Verbraucherschutz?

Philip Tod: Ich habe als Sprecher der GD SANCO im November 2004 angefangen, als Kommissionsmitglied Kyprianou sein Amt antrat. Daher bin ich jetzt seit einem Jahr sein Sprecher. Bevor ich zur Europäischen Kommission kam, habe ich allerdings schon als Sprecher im Europäischen Parlament für die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und ihren Vorsitzenden Graham Watson gearbeitet.

EUROPE DIRECT Newsletter: Wie war Ihre Rolle als Sprecher im Europäischen Parlament im Vergleich zu Ihrer jetzigen Rolle?

Philip Tod: Wenn man der Sprecher einer politischen Fraktion und ihres Vorsitzenden ist, muss man ein breites politisches Spektrum abdecken und eine politische Aussage in einem sehr konkurrenzbetonten Umfeld rüberbringen. Man muss die Aufmerksamkeit der Medien gewinnen und sich gleichzeitig den verschiedenen Institutionen und politischen Fraktionen gegenüber behaupten! Dazu muss man proaktiv sein und die Informationen sehr viel intensiver verkaufen. Bei der Kommission ist man mehr im Mittelpunkt des Spiels, nicht nur weil die Kommission eine ausführende Gewalt hat, sondern auch weil in SANCO-Angelegenheiten die Kommission die treibende Kraft hinter den gesetzgebenden Initiativen ist. Wenn man ein Sprecher bei der Kommission ist, muss man technische Dossiers beherrschen und ein Experte in einem Spezialgebiet werden, damit man es in eher einfacher Sprache kommunizieren kann.

EUROPE DIRECT Newsletter: Wie sieht der Arbeitsalltag eines Sprechers aus? Wie oft treffen und sprechen Sie mit Journalisten?

Philip Tod: Jeder Tag fängt mit einem Pressespiegel an, um zu prüfen, wie gut die Kommunikation am Vortag aufgenommen worden ist. Zu diesem Zweck wird uns von den Delegationen und Repräsentationen der Kommission geholfen, die uns Zeitungsausschnitte über das schicken, was an ihren jeweiligen Standorten veröffentlicht worden ist. Von 9 bis 9:30 Uhr haben die Sprecher dann ein Meeting mit dem Kabinett des Kommissionsmitglieds. Manche veranstalten dieses Meeting jeden Tag, andere nur ein- oder zweimal pro Woche. Das Meeting ist wichtig, um sich in kritischen Themen abzustimmen, politische Aussagen des Kommissionsmitglieds zu erläutern und Fragen zu erörtern, die wahrscheinlich heikel werden. Um 10 Uhr haben wir ein Meeting von allen Sprechern mit allen EU 25 Vertretungen der Kommission über Satellitenverbindung. Dort diskutieren wir die Neuigkeiten des Tages und was die Kommission proaktiv kommunizieren will. Wir diskutieren,

welche Aufgaben auf uns zukommen und welchen Kurs wir einschlagen sollen. Das ist eine Vorbereitung auf das tägliche Mittagsmeeting. Es geht hauptsächlich darum, gut vorbereitet zu sein und Dinge vorherzusehen, und das Beste ist es, wenn man versucht sich die Schuhe eines Journalisten anzuziehen. Die Zeit bis 12 Uhr ist Feinabstimmung, aber um Punkt 12 Uhr muss man auf dem Mittagsmeeting im Presse-raum der Europäischen Kommission präsent sein (außer wenn man das Kommissionsmitglied zum Rat der Europäischen Union begleitet zum Beispiel). Das Mittagsmeeting ist wichtig, weil um die 300 Journalisten anwesend sind, plus die, die online verbunden sind oder live über Satellit auf EBS (Europe by Satellite) zuschauen. Es dauert normalerweise zwischen 20 Minuten und einer Stunde, je nach anstehenden Themen. Das Mittagsmeeting ist gleichermaßen eine Chance aber auch eine „Bedrohung“. Ein Teil des Jobs ist es auch, technische Sprache in etwas zu übersetzen, das für Jeden verständlich ist.

EUROPE DIRECT Newsletter: Bekommen Sie Kommunikationsschulungen?

Philip Tod: Ja sicher! Uns werden regelmäßig Schulungen angeboten für Reden in der Öffentlichkeit, Krisenkommunikation, Schreiben von Texten, etc. Diese Medien-Schulungen werden oft von ehemaligen Journalisten geleitet und bereiten einen auf öffentliche Auftritte vor.

EUROPE DIRECT Newsletter: Für einige Monate war die Vogelgrippe in den Schlagzeilen der meisten Medien, und kranke oder tote Vögel wurden in vielen europäischen Ländern gefunden. Wie gut ist die EU vorbereitet, wenn die Vogelgrippe schlimmer wird?

Philip Tod: Zuerst muss man zwischen zwei Dingen unterscheiden: Erstens: Die Vogelgrippe, die eine Tierkrankheit ist und daher der Veterinärkontrolle untersteht, und zweitens die Möglichkeit einer Grippe für Menschen, was ein Problem für die öffentliche Gesundheit wird. Die Möglichkeit der Einflussnahme auf seiten der europäischen Kommission ist sehr unterschiedlich in diesen zwei Bereichen.

Was die Tiergesundheit angeht, so hat die Kommission die Gemeinschaftskompetenz um zu handeln. Dieses Politikfeld ist harmonisiert worden, und die Kommission kann die Hauptentscheidungen treffen (der Rat verabschiedet Maßnahmen, welche die Kommission anwendet), und diese sind „bindend“. Das bedeutet, dass Mitgliedsstaaten die Verpflichtung haben,

ihnen Folge zu leisten.

Was die öffentliche Gesundheit angeht, hat die Europäische Kommission sehr wenig gesetzgeberische Macht. Das ist ein Politikfeld, das immer noch in den Händen der Mitglieds-



staaten liegt, und es Entscheidungen müssen immer einstimmig getroffen werden. Was die Europäische Kommission jedoch machen kann ist Gesetze bezüglich der Faktoren erlassen, die die öffentliche Gesundheit beeinträchtigen, über den Binnenmarkt, wie z.B. das Tabakverbot oder die Forderung nach Nährwertangaben auf Verpackungen wie „Wenig Fett“, „Wenig Zucker“, „Wenig Salz“, die zur Zeit im Europäischen Parlament zum zweiten Mal diskutiert werden.

Um Ihre Frage zu beantworten, die EU ist gut vorbereitet. Die Entscheidungen, die im Dezember 2005 im Rat getroffen wurden, verstärken unsere Vorsorgemaßnahmen. Wir handeln prompt in jedem Stadium. Was die öffentliche Gesundheit betrifft, ist die EU auch vorbereitet im Falle einer menschlichen Vogelgrippe-Epidemie. Die Kommission unterstützt sehr die Aktionen der Mitgliedsstaaten und hilft ihnen bei der Durchsetzung/Aktualisierung ihrer nationalen Konzepte, bzw. diese mit an das EU-Referenzkonzept anzudocken. Es gab im letzten Jahr einen riesigen Fortschritt, und alle nationalen Konzepte sind nun angepasst worden. Doch, wie Kommissionsmitglied Kyprianou hinzufügen würde: „Es gibt immer noch viel zu tun“.

EUROPE DIRECT Newsletter: Arbeiten Sie mit der Weltgesundheitsorganisation zusammen?

Philip Tod: Sehr sogar. Wenn eine Epidemie schlägt, wird es ein Problem für die ganze Welt. Die WHO hat die Autorität, das Ausmaß einer



Epidemie festzustellen und ist verantwortlich für die Koordination von Maßnahmen mit allen Regierungen auf globaler Ebene. Daher arbeitet die Europäische Kommission eng mit der WHO zusammen. Zusätzlich versorgt das European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten mit wissenschaftlicher Kompetenz über solche grenzüberschreitenden gesundheitlichen Angelegenheiten.

EUROPE DIRECT Newsletter: Welchen Rat kann man Menschen geben, die tote oder kranke Vögel finden? Wen sollten sie kontaktieren und was sollten sie tun?

Philip Tod: Was ich als Erstes hier wiederholen möchte ist, dass sich Menschen diesen Virus nur extrem schwer einfangen können. Es ist zwar in der Vergangenheit passiert, aber nur durch zu engen Kontakt mit infizierten Tieren. Daher ist das Risiko wirklich sehr gering. Die zweite Information richtet sich an Menschen, die engen Kontakt mit Vögeln haben, wie Arbeiter auf Geflügelfarmen, Tierärzte, Jäger und Leute, die Geflügel in ihrem Hinterhof haben – Fassen Sie die Vögel nicht an, oder wenn Sie es tun, waschen Sie ihre Hände regelmäßig mit Seife. Wenn Sie tatsächlich einen kranken oder toten Vogel finden, melden Sie es sofort den lokalen Behörden. Zu guter Letzt ist es wichtig, den Kindern zu sagen, dass sie nicht mit Vögeln oder Geflügel spielen sollen. Unterlassene Kommunikation mit Kindern führte kürzlich in der Türkei zu tragischen Todesfällen.

Auf der praktischen Seite unterstützt die Kommission die 25 EU-Mitgliedsstaaten mit zwei

Millionen Euro für ihre Überwachungsprogramme und deckt damit 50% ihrer Kosten. Die Gesundheitsminister haben sich kürzlich in Wien getroffen und ihre Erfahrungen ausgetauscht, was die Information von Risikogruppen betrifft, Kinder eingeschlossen. Zum Beispiel wurden in Österreich Broschüren in Schulen und in Belgien Falbblätter an Haushalte verteilt.

EUROPE DIRECT Newsletter: Gab es seitdem Sie im Sprecherdienst arbeiten ähnliche Krisen?

Philip Tod: Unglücklicherweise Ja! BSE (Bovine Spongiform Encephalopathy), bekannt als „Rinderwahnsinn“, die Maul- und Klauenseuche (MKS), der Import von kontaminiertem genmanipuliertem Mais aus Amerika. Der Bereich der Nahrungsmittelsicherheit ist von Natur aus anfällig für Krisen. Wie streng und gut die Gesetze auch sind, Tierkrankheiten tauchen von Zeit zu Zeit auf und Fehler wie auch Betrug sind immer möglich.

EUROPE DIRECT Newsletter: Worum geht es bei dem „Rapid Alert System“ und wie funktioniert es?

Philip Tod: Das „Rapid Alert System“ (RAS) wurde vom EU-Nahrungsmittelgesetz zum Schlüsselinstrument gemacht, das für sichere Nahrung in der EU vom Bauernhof bis zur Gabel sorgt! Tatsächlich wird jedes Element in der Nahrungskette in der Gesetzgebung berücksichtigt und geprüft. Das RAS steht jeder Regierung zur Verfügung, um die Europäische Kommission sofort zu benachrichtigen, sobald es ein Nahrungsproblem gibt. Zum Beispiel ein kontaminiertes Produkt, was gerade exportiert

worden ist. Der betroffene Mitgliedsstaat informiert die Kommission, die sofort die anderen Mitgliedsstaaten informiert. Das RAS beinhaltet alle für die Mitgliedsstaaten notwendigen Informationen, um das unzureichende oder kontaminierte Produkt aus dem Regal zu nehmen. Es gibt einen wöchentlichen Überblick im Internet auf der GD SANCO Webseite. Das RAS heißt eigentlich RASFF: „for food and feed“. Sein Gegenpart existiert auch für Verbraucherprodukte, die keine Nahrungsmittel sind, die fehlerhaft sind oder nicht den europäischen Sicherheitsstandards entsprechen. Das ist das RAPEX. Das RAPEX veröffentlicht auch wöchentliche Berichte.

EUROPE DIRECT Newsletter: Was würden Sie den EUROPA DIREKT Relays als Rat für die Kommunikation geben?

Philip Tod: Betonen, dass das GD SANCO ein großartiges Beispiel für den Mehrwert ist, den die EU und die Europäische Kommission bieten. Tatsächlich haben Angelegenheiten, die Tiere und Gesundheit betreffen, keine Grenzen. Wir profitieren alle von den EU-Maßnahmen; Das ist eine großartige Erfolgsgeschichte! Die EU hat die strengsten Vorschriften für Nahrungsmittelsicherheit auf der Welt. Das sollte die Bürger beruhigen.

EUROPE DIRECT Newsletter: Vielen Dank, Herr Tod für dieses interessante Gespräch.

Das Interview mit Philip Tod fand am 14. März 2006 statt.

EU-Politik: Die Strategie für Wachstum und Arbeit

Fortsetzung von Seite 1

aus ganz Europa zusammenbringen kann. Ein weiteres Ziel neuerer Kommissionspläne ist der Abbau bürokratischer Hürden für Wirtschaftsaktivitäten. Dazu hat die Kommission eine Gruppe hochrangiger nationaler Experten zusammengebracht, welche die EU beraten soll, wie auf allen Verwaltungsebenen mittels besserer Gesetze alte Zöpfe abgeschnitten werden können. Das regulatorische Umfeld, in dem die Wirtschaft agiert, ist allgemein ein Schlüsselfaktor für Wettbewerbsfähigkeit - das gilt in besonderer Weise für KMUs und Selbständige.

Ein drittes Gebiet, das von der Strategie für Wachstum und Beschäftigung erfasst wurde, ist die Kohäsionspolitik. Die Kohäsionspolitik ist bemüht, Entwicklungsunterschiede zwischen Regionen und Bürgern der EU zu vermindern. Mit dem kommenden finanziellen Rahmenbudget der Jahre 2007 – 2013 hat die Kommission vorgeschlagen, die Kohäsionspolitik wieder zu einem Ziel der neuen Lissabon-Strategie im Rahmen der Bestrebungen auf den Gebieten „Wettbewerb und Beschäftigung“ zu machen.

Dementsprechend wird das Thema der „Open Days“, einer gemeinsamen jährlichen Veranstaltung des Ausschuss' der Regionen und des Generaldirektorats für Regionalpolitik (GD REGIO) lauten: „In Europa Regionen und Städte investieren – Public-Private Partnerschaften für Wachstum und Beschäftigung“. Der Schwerpunkt letzterer wird auf Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf lokaler und regionaler Ebene liegen.

Andere nennenswerte Initiativen sind die Schaffung einer gemeinsamen Energiepolitik, Bildung und Jugendarbeit zusammen mit transeuropäischen Netzwerken (Transport, Energie und Telekommunikation). Was transeuropäische Netzwerke (TENs) angeht, so wird ihre Schlüsselrolle bei der Verbreitung struktureller Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung im gesamten EU-Gebiet auf zwei verschiedene Arten gestärkt: Zunächst wird verstärkt nach Privatinvestoren gesucht, indem Public-Private-Partnerschaften (PPPs) gefördert werden. Zweitens wird der Anteil der Gemeinschafts-

finanzierung in Bezug auf die vorrangigen, grenzüberschreitenden TEN-Projekte von 10 auf 20% steigen. TEN-Projekte spielen eine wichtige Rolle, weil sie lokalen Unternehmen den Zugang zu Import- und Export-Einrichtungen erleichtern. Außerdem lösen sie ländliche Regionen aus ihrer Isolation, indem sie diese mit städtischen Zentren verbinden. Gleichzeitig werden dabei die Belange der Umwelt und der Entwicklung ländlicher Gegenden berücksichtigt.

Die Kommission hat kürzlich ein Grünbuch über sichere, konkurrenzbetonte und nachhaltige Energiepolitik veröffentlicht. Als einer der vorrangigen Bereiche wird der Abschluss des inner-Europäischen Strom- und Gasmarkts benannt. Die EU ist heute zu 50% von diesen Märkten abhängig und diese Abhängigkeit wird sicherlich noch steigen. Weitere Prioritäten sind Erneuerbare Energie (Wind-, Wasser, Solar- und Biomasse-Energie) und die Energie-Effizienz Ziele – welche den positiven Effekt haben würden, viele qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Weitere Prioritäten sind die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes – und gleichzeitig der Erhalt der Spitzenstellung der EU im Technologie-Bereich dieses schnell wachsenden globalen Sektors.

In Bezug auf Bildung hat die Kommission 2005 den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) vorgeschlagen. Dies verbunden mit dem Ziel, die Übernahme und Anerkennung von Qualifikationen zu erleichtern, indem Qualifikationssysteme auf nationaler Ebene wie in Einzelbereichen miteinander verknüpft werden. Das EQF soll einer der Hauptmechanismen werden, mit dem die Mobilität von Angestellten und Studenten erleichtert wird, begleitet von anderen Programmen wie Erasmus, dem Europäischen System zur Übertragung von Studienleistungen und Europass. EU-Aktionen können ohne nationale Beteiligung aber nicht funktionieren. Daher haben die Mitgliedsstaaten sofort auf die Einladung der Kommission reagiert, bis Ende 2005 nationale Drei-Jahres-Reformprogramme auszuarbeiten. Ausgehend von diesen nationalen Reformprogrammen werden sie jeden Herbst über begonnene oder geplante politische Schritte zur Umsetzung der Lissabon-Ziele berichten. Die Kommission wird dann die 25 Berichte analysieren und diese in einem Jahres-Fortschrittsbericht zusammenfassen, der jedes Jahr im Januar veröffentlicht werden wird. Auf der Basis dieses Berichts wird die Kommission – falls nötig - Zusätze zu den integrierten Richtlinien vorschlagen.

Die nationalen Reformprogramme, die 2005 vorgeschlagen wurden, umfassen viele Maßnahmen; von Steuervorteilen, die private Forschung- und Entwicklungseinrichtungen stimulieren sollen, über detaillierte Kostenanalysen in Bezug auf administrative Probleme der nationalen Gesetzgebung, dem Kampf gegen spezifische Hindernisse beim Marktzugang (z.B. in selbständigen Berufen oder Finanzdienstleistungen), bis hin zu der Vernetzung von Beiträgen und Bezügen bei Rentensystemen. Dieses schlanke Berichtsverfahren hat in einem ersten, von der Kommission am 25. Januar 2006 herausgegebenen jährlichen Fortschrittsbericht, vier vorrangige Handlungsbereiche identifiziert. Dementsprechend hat die Kommission die europäischen Staats- und Regierungschefs auf der letzten Sitzung des Europäischen Rats (23. – 24. März 2006) gebeten, ihr Engagement in diesen vier Bereichen zu verstärken: Investitionen in Bildung und Forschung, Unterstützung für KMUs und Unternehmertum, Arbeitsmarkt – und nicht zuletzt eine effiziente und sichere Energieversorgung. Aber die Umsetzung dieser Maßnahmen wird nicht ohne die Beteiligung aller relevanten Akteure auf nationaler Ebene möglich sein. Im Kontext dieser lokalen Lissabon-Strategie spielt das EUROPA DIREKT-Netzwerk eine herausragende Rolle.

Es gibt viele weitere Beispiele von gemeinsamen Aktionen von Mitgliedsstaaten und EU, die entschieden dafür eintreten werden, mittels der Strategie für Wachstum und Beschäftigung

substantielle Erfolge zu erzielen. Ein großes Vorhaben – aber es entfaltet schon jetzt seine Wirkung für Bürger und Unternehmen.

Wenn ein nationaler Konsens erreicht werden kann, der alle wichtigen Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene auf die nationalen Reformprogramme einswört, wird damit ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen entstehen, das Belange im Umweltschutz und die positiven Effekte des europäischen Sozialmodell in diese Reformen mit einbezieht.

Vogelgrippe

Die EU hat eine Reihe von dringlichen Maßnahmen eingeleitet, um den jüngsten Ausbruch der Vogelgrippe zu bewältigen. Erstens wurde die Kontroll-Gesetzgebung angepasst: Die Richtlinie 92/40/EEC, die das Mindestmaß an Kontrollen vorschreibt, ist überarbeitet worden. Mit der neuen Richtlinie 2005/94/EC werden neue Maßnahmen eingeführt, wie zum Beispiel die Erlaubnis zur präventiven Geflügel-Impfung zur Verhinderung der Verbreitung der Krankheit. Die Kommission hat auch Geldmittel für Mitgliedsstaaten bereitgestellt. Damit soll die Beobachtung von Wild- und Stallgeflügel finanziert werden, um die Krankheit zu begrenzen.

Die Verbraucher wurden aufgeklärt, dass die Vogelgrippe kein Virus ist, der sich über die Nahrung weiterverbreiten kann und dass der Verzehr von Geflügelfleisch und Eiern aus den EU-Staaten sicher ist. Denn aufgrund der strengen tierärztlichen Kontrollen z.B. in Schlachthäusern innerhalb der EU oder importierender Dritt-Länder werden nur Produkte von gesunden Tieren für die Nahrungsmittelversorgung zugelassen. Daher ist jedes Huhn und jedes Ei, das in der EU verkauft wird, sicher. Ganz gleich aus welchem Mitgliedsstaat es kommt. Außerdem würde jeglicher Virus – falls vorhanden – durch Kochen zerstört werden. Zusätzlich haben die Mitgliedsstaaten nationale Richtlinien für Arbeiter auf Geflügelfarmen und andere Personengruppen erlassen, die engen Kontakt mit Geflügel haben, das von der Vogelgrippe befallen ist. Im Allgemeinen werden in diesen Fällen gründliche Hygiene, Schutzkleidung und Masken empfohlen. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) mit Sitz in Stockholm wurde im Mai 2004 gegründet. Diese neue EU-Agentur, die Europas Verteidigung gegen Infektionskrankheiten stärken soll, hat Richtlinien für Risikogruppen herausgegeben. Zur weiteren Information: <http://www.ecdc.eu.int/>

Das ECDC hat einen Ratgeber für Reisende entwickelt, das Vorsichtsmaßnahmen benennt, die für den Besuch von Geflügelmärkten, Farmen und den Kontakt mit lebendem Geflügel gelten. Reisende werden auch daran erinnert, dass sie keine Produkte mitbringen können, die nicht für den Import in die EU zugelassen sind

- auch nicht für den persönlichen Gebrauch.

Bitte besuchen Sie für weitere Informationen die folgende Website: http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/Influenza/influenza_en.htm

Auch die Welternährungsorganisation veröffentlicht die neuesten Nachrichten zur Vogelgrippe auf ihrer Homepage: http://www.who.int/csr/disease/avian_influenza/en/

Der Europäische Globalisierungsfonds

Die Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist die Antwort der Union auf die Herausforderungen der Globalisierung. Sie unterstützt Mitgliedstaaten dabei, von den Möglichkeiten der technologischen Innovation und den Weltmärkten zu profitieren. Dennoch führt die globalisierte Wirtschaft auch in der EU gelegentlich zu schmerzhaften Anpassungsprozessen. Am 1. März 2006 hat die Kommission ihren Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) bekannt gegeben. Er soll Arbeitnehmern bei der Reintegration auf dem Arbeitsmarkt helfen, die auf Grund von Restrukturierungsmaßnahmen von großen Unternehmen wegen der Globalisierung arbeitslos geworden sind. Dieser Vorschlag fand die Unterstützung von Staats- und Regierungschefs der EU auf der Sitzung des Europäischen Rats im Dezember 2005.

Mit einem Budget von 500 Millionen Euro wird der EGF jährlich bis zu 50.000 Arbeitnehmer in der EU zugute kommen. Er wird die Bemühungen der Mitgliedsstaaten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene unterstützen. Die Mitgliedsstaaten können sich beim Fonds um finanzielle Hilfen für Umschulungen, Lohnzuwendungen, Unterstützung bei der Arbeitssuche und die Förderung von unternehmerischen oder Eigeninitiativen für entlassene Arbeitnehmer im Fall von „tief greifenden Veränderungen des Welthandelsgefüges“ bewerben. Auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz haben Kommissionspräsident Barroso und der für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zuständige EU-Kommissar Vladimír Špidla den solidarischen Charakter des neuen Fonds betont: „Der Fonds erleichtert Arbeitslosen die Rückkehr ins Erwerbsleben, denn wir wollen eine wettbewerbsfähige, aber auch eine faire EU. (...) wir wollen zeigen, dass die EU sie wichtig nimmt.“ Kommissar Špidla fügte hinzu: „Da die EU außenhandelspolitische Entscheidungen trifft, ist es logisch, dass sie sich mithilfe dieses neuen Europäischen Fonds ihrer Verantwortung stellt und dafür sorgt, dass Arbeitskräfte, die aufgrund des Wandels ihren Arbeitsplatz verlieren, in dem sich ständig verändernden wirtschaftlichen Umfeld weder vergessen noch übersehen werden.“

Weitere Informationen finden Sie auf folgender Website: http://europa.eu.int/comm/employment_social

Bereich Jugend

Die Wichtigkeit des Wassers

Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zur Bewahrung von Europas Wasservorrat ist essentiell. Auf der Webseite der Generaldirektion Umwelt gibt es einen separaten Bereich mit dem Titel „Europäische Jugend und Umwelt“. Dort werden Informationen und Werkzeuge zu den Themen Luft, Wasser, Abfall und Natur angeboten (mehrere Ratgeber, Spiele, Quiz und Tipps). Des Weiteren gibt es eine spezielle „Lehrer-Ecke“, wo Informationsquellen und Ideen aufgeführt sind, um Lehrern zu helfen die Umwelterziehung voranzutreiben.

Die Artikel über Wasser zielen darauf ab, bei Kindern und Jugendlichen ein Bewusstsein zu schaffen für die Wichtigkeit von Wasser für das Leben auf der Erde und für die Wichtigkeit, das Wasser sauber zu halten. Durch Bilder und

Animationen werden ernste Themen wie Wasserverschmutzung, Reinigungsprozesse und Küstenlebensräume in einfacher und verständlicher Weise erklärt.

Der Bereich „Was DU tun kannst“ ermutigt Kinder und Jugendliche darüber nachzudenken und aktiv dabei zu helfen die Umwelt zu schützen. Es gibt auch ein Spiel, wo man sein Wissen über Wasser testen kann („Prüfe deine Kenntnisse!“) und eine Reihe Ideen für Lehrer und Schüler, für Gruppenaktivitäten und Projekte um ein besseres Verständnis für die Wasserlebensräume zu schaffen – Wie sie verschmutzt werden und wie sie bewahrt werden können.

Webseite „Europäische Jugend und Umwelt“:

http://europa.eu.int/comm/environment/youth/index_de.html



Prüfe Dein Wissen!

http://europa.eu.int/comm/environment/youth/water/index_de.html

Siehe auch

http://europa.eu.int/comm/environment/toolkits/search_en.htm

ABC

OMC - Offene Methode der Koordinierung

Die OMC (englisch OMC) ist ein freiwilliger Prozess, zu dem sich alle Mitgliedsstaaten im Rahmen der Lissabon-Strategie verpflichtet haben. Statt durch Gesetzgebung zu verpflichten, beruht die OMC auf „weichen“ Politik-Anreizen wie Leitlinien, Indikatoren, Benchmarking und dem Austausch von „Best Practice“. Diese Methode wird zunehmend in den verschiedensten EU-Politikbereichen angewandt: Von Arbeitsmarkt-Strategien über soziale Eingliederung, Renten bis hin zum Bereich Einwanderung. Darüber hinaus wird ein Einsatz der OMC auch in den Bereichen Gesundheit und Umweltschutz erwogen.

Der Bologna-Prozess

Der Bologna-Prozess begann am 19. Juni 1999, als 29 Europäische Bildungsminister die Bologna-Deklaration unterzeichneten. Darin verpflichteten sie sich, bis 2010 ein Europäisches Hochschulwesen zu schaffen.

Ziel des Prozesses ist es, die verschiedenen europäischen Hochschulsysteme in einem transparenteren System zusammenzufügen. Die verschiedenen nationalen Systeme sollen deshalb die folgenden drei Abschlüsse anbieten: Bachelor, Master und Promotion. Das würde die Mobilität von europäischen Hochschulabsolventen und -lehrern verbessern und damit neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnen. Dadurch würde wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Hochschulbildung auf globaler Ebene gestärkt. Zurzeit sind 40 Länder, inklusive aller EU-Mitgliedsstaaten, am Bologna-Prozess beteiligt.

Flexicurity

Dieses Konzept zielt darauf ab, sicherzustellen, dass „Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Gefühl haben, dass sie in ihrer Ortswahl flexibel sind, aber gleichzeitig auch die Sicherheit haben, die sie brauchen“ (Kommissionspräsident Barroso in seiner Rede auf der Konferenz zu Beginn des Europäischen Jahres 2006 der Mobilität der Arbeitnehmer). Dieser Ausdruck wird zunehmend verwendet, um die Verknüpfung zwischen der erhöhten Mobilität und den korrespondierenden sozialen Sicherungsmaßnahmen für Angestellte zu verdeutlichen.

Enhanced co-operation (Verstärkte Zusammenarbeit)

Der Vertrag von Amsterdam gestattete einzelnen Mitgliedsstaaten eine engere Zusammenarbeit in EU-Politikfeldern – so lange ihre Vereinbarungen dabei nicht den Gemeinsamen Markt, den ökonomischen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Union oder den Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten störte, oder eine Handelsbarriere (oder -diskriminierung) zwischen den Mitgliedsstaaten schuf.

Der Vertrag von Nizza gestattete es, die verstärkte Zusammenarbeit auch im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anzuwenden, unter der Bedingung, dass eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten zustimmt. Es gibt allerdings einige Ausnahmen: Bereiche, die exklusive EU-Kompetenzen sind, Verteidigung und militärische Fragen. Mindestens acht Mitgliedsstaaten müssen sich an diesem Verfahren beteiligen - ungeachtet der Gesamtzahl von Mitgliedsstaaten, auch nach Erweiterungen.

Zitat



In einer idealen Welt sollte jeder Europäer, der das wünscht, die Möglichkeit haben, umzuziehen und Erfahrungen mit der Arbeits- und Lebenswelt eines anderen Mitgliedsstaats zu sammeln.

JM Barroso bei der Eröffnungskonferenz zum Europäischen Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer 2006

Haftungsausschluss

Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen entsprechen nicht notwendigerweise denen der Europäischen Kommission.

Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben vom EUROPA DIREKT Helpdesk des Informationsnetzwerks im Rahmen des Dienstleistungsvertrags PO/2005 – 06/A2. Wir freuen uns auf Ihr Feedback unter relays@cec.eu.int